

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

	Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
	61	S0229/03	21.10.2003
zum Antrag Nr. A0144/03 d. CDU-Fraktion , SPD-Fraktion , v.26.09.2003		Datum der Genehmigung 22.10.2003	
		Genehmigungsvermerk OB, gez. Dr. Trümper	
Bezeichnung Verbesserung der verkehrlichen Erschließung der Industrie- und Gewerbegebiete im Südosten Magdeburgs		Dezernenten VI	
Verteiler	Sitzungstermin		
Der Oberbürgermeister	21.10.2003 8:00		
A.f. Wirtschaft, Tourismus u. Regionalentwicklung	30.10.2003 17:00		
Ausschuss f. Stadtentw., Bau und Verkehr	20.11.2003 17:00		
Finanz- und Grundstücksausschuss	19.11.2003 16:00		
Stadtrat	04.12.2003 14:00		

Gemäß SR-Beschluss Nr. 2015-56(III)02 zu o.g. Problematik wurden vonseiten des Tiefbau-amtes die Vorbereitungen zu den Korrekturen der Straßenprofile und im speziellen der Knotenpunkte Ottersleber Chaussee / Gustav-Ricker-Straße sowie Ottersleber Chaussee / B 71 soweit vorangetrieben, dass diese im November 2003 realisiert werden. Daneben wurde die Einstellung der Mittel für die "Pfortnerampel" an der SKL-Zufahrt am Unterhorstweg durch das Dez. III für das Haushaltsjahr 2004 beantragt.

Der Knoten Gustav-Ricker-Straße / Am Hopfengarten könnte durch den Erschließungsträger Synergis sofort realisiert werden. Der Vertrag sieht die Fertigstellung bis zum 31.12.2003 vor.

Weitere Förderanträge, bis auf das Teilstück der Entlastungsstraße im Bereich des Sanierungsgebietes Buckau (Urban 21, Programmjahr 2004) wurden bisher nicht gestellt. Eine wesentliche Ursache dafür sind die fehlenden Komplementärmittel der Stadt.

Die Umverlegung der B 71 im Bereich Magdeburg-Süd macht nur dann einen Sinn, zumal sie nicht wesentlich kürzer als die jetzige Trasse ist, wenn auch der Flugplatz ausgebaut wird.

Die bestehende Routenführung über die Ottersleber Chaussee zur Salbker Chaussee ist angemessen. Über diese Routenführung ist nicht nur der Anschluss an die A 14 gesichert, sondern auch auf kürzerem Weg die Anbindung an den Magdeburger Ring für Transporte in Richtung Norden.

Weiterhin würden zum jetzigen Zeitpunkt zwei "parallele" Straßen existieren, die dem gleichen Verkehrszweck dienen und unterhalten werden müssten.

Im Sinne der erforderlichen Minimierung der Folgekosten wird solch eine Lösung von der Stadtverwaltung abgelehnt.

Die Stellungnahme ist mit dem Tiefbauamt abgestimmt.

Beigeordneter für Stadtentwicklung,
Bau und Verkehr

Tel.: 5405354